

# Der Krieg in der Ukraine – erste Lehren

Russlands Krieg in der Ukraine hält an und viele Aspekte des Konflikts stehen noch auf der Kippe. Aber unabhängig vom Ausgang lassen sich schon jetzt erste militärische und politische Lehren ziehen. Diese deuten absehbare Herausforderungen an und können in die zukünftige Politik gegenüber dem Kontext einfließen.

Von Niklas Masuhr und Benno Zogg

Die russische Invasion der Ukraine am 24. Februar 2022 kam für viele überraschend. Bis zuletzt hielt man diese für das Worst-Case-Szenario, aber rechnete eher damit, dass Russland begrenzt in die Gebiete um die Krim und den Donbass eindringen könnte oder sich die Feindseligkeit gar auf das diplomatische Parkett und militärische Drohgebärden beschränken könnten. Zwar leistete die Ukraine starken und entschlossenen Widerstand und verhinderte so schnelle Erfolge der Invasion, musste jedoch bereits schwere Verluste bei Kämpfenden und Zivilpersonen hinnehmen. Der Westen reagierte schnell und umfassend, insbesondere mit Sanktionen und Unterstützung der Ukraine mit militärischem Material und geheimdienstlichen Informationen.

Man spricht wegen diesem Krieg von einer Zeitenwende mit globalen Auswirkungen. Die europäische Sicherheitsordnung liegt in Trümmern. Der Ausgang des Kriegs – so er auf die Ukraine beschränkt bleibt – ist weiterhin offen. Verschiedene mögliche Szenarien lassen entsprechend unterschiedliche Schlüsse zu. Die weitere Entwicklung hängt von den militärischen und politischen Interaktionen nicht nur der Ukraine und Russlands ab, sondern wohl auch vom Verhalten Pekings, Brüssels und Washingtons. Es ist demnach wichtig, sich der Grenzen unseres derzeitigen Wissens bewusst zu sein.

Es lassen sich jedoch bereits Lehren ziehen, die auch längerfristig Gültigkeit besit-



Ein zerstörter Panzer inmitten des russischen Einmarsches in die Ukraine in der Region Kiew am 20. März 2022. Pressedienst der ukrainischen Bodestreitkräfte via Reuters

zen unabhängig davon, ob morgen ein umfassender Friedensvertrag geschlossen würde oder ob blutige Kämpfe noch mehrere Jahre andauern. Diese Lehren im Militärischen und Politischen umfassen Annahmen darüber, wie Kriege geführt werden; Faktoren, die zahlenmässig unterlegene Verteidiger stärken; düstere Aussichten auf Stabilität und kooperative Sicherheit; und Einschätzungen zur Geschlossenheit des Westens und zu Sanktionen. Diese Lehren können in poli-

tische Massnahmen zum Konflikt, zu Osteuropa, europäischer Sicherheit, zur Eindämmung und Abschreckung Russlands sowie in Verteidigungs-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik im Westen und darüber hinaus einfließen.

## Offensive mit Schwächen

Nach über einem Monat anhaltender Kämpfe kam der russische Vormarsch weitgehend zum Stillstand. Auch wenn der Ausgang des Kriegs offen bleibt, wurde

doch deutlich, dass die politische und militärische Führung in Moskau mit irrigen Annahmen in den Krieg eingetreten war. Der Kreml wurde «Opfer» seines politischen Narrativs zur Ukraine und ging von einem einfachen Sieg aus, wonach Kiew in wenigen Tagen einzunehmen und der Krieg mit geringer Truppenstärke zu gewinnen sei.

Russland verzichtete beispielsweise darauf, zunächst die ukrainische Luftwaffe mit Präzisionsschlägen vollständig zu neutralisieren oder zumindest hinreichend zu unterdrücken. Die Moral der Truppen nahm rasch ab, da sie nicht vorab über die Operation aufgeklärt wurden. Ausrüstung, die fast ein Jahr an der Grenze zur Ukraine gelagert worden war, befand sich nicht in einsatzbereitem Zustand und die russische Logistik verzeichnete hohe Verluste, da die Nachschubwege nicht ausreichend geschützt waren. Daher scheint das russische Militär auf intensive Kämpfe gegen starken und gut geführten Widerstand strukturell unvorbereitet gewesen zu sein.

Die unrealistische Einsatzplanung vermag aber nicht alle Defizite der russischen Streitkräfte zu erklären. So blieben die russischen Truppen hinter den Erwartungen Moskaus und denen westlicher AnalystInnen zurück, was sich insbesondere in der Unfähigkeit zeigte, Kämpfe mit verbundenen Waffen zu führen. Offenkundig waren sie nicht in der Lage, Panzer, Infanterie, Artillerie und andere Waffensysteme wie diejenigen zur elektronischen Kriegsführung auf breiter Front aufeinander abgestimmt einzusetzen.

## Das russische Militär scheint auf intensive Kämpfe gegen starken Widerstand strukturell unvorbereitet gewesen zu sein.

Auch schaffte es das russische Militär nicht, die im Donbass und in Syrien gesammelten Kampferfahrungen für eine umfassende Invasion zu nutzen. Weitere russische Verluste gingen auf das Konto wirkungsvoller Verteidigungspläne und -bemühungen der Ukraine. Als Reaktion darauf begann Moskau insbesondere Bevölkerungszentren unter Beschuss zu nehmen.

Vor dem Einmarsch standen russische Panzer und Artillerie nicht im Fokus westlicher Analysen. Insbesondere die Vorstellung über präferierte russische Kriegsführung bestehend aus «hybriden» Massnahmen – die von bestreitbaren Spezialtruppen

### Zentrale Lehren

- Staatliche Akteure beginnen Kriege auf der Grundlage ihrer (manchmal falschen) Annahmen und nationalen Eigenheiten, nicht auf Grund der Einschätzung globaler Trends in der Kriegsführung ausenstehender AnalystInnen.
- Kompetent geführte und gut vorbereitete Verteidiger können sich auch einem nominell überlegenen Angreifer erfolgreich widersetzen. Externe Waffenlieferungen, die auf die Bedürfnisse abgestimmt sind, können hier einen signifikanten Einfluss haben.
- Strategische Stabilität muss neu gedacht werden. Der russische Rückgriff auf nukleare und nicht-nukleare strategische Kräfte dürfte infolge der erlittenen Verluste wachsen und die interne Position der herrschenden Elite könnte nach dem Krieg geschwächt sein.
- Kooperative Sicherheit zwischen Putins Russland und dem Westen ist selbst bei gemeinsamen Interessen nahezu undenkbar. Formate wie die OSZE werden möglicherweise zu Kommunikationsplattformen für eng gefasste Themenbereiche, um Eskalationsrisiken zu reduzieren.
- Der Westen kann geschlossen handeln und schnell umfassende Sanktionen beschliessen. Es ist jedoch schwierig, diese Geschlossenheit aufrechtzuerhalten, Ziele zu kommunizieren, mit den Erwartungen der Ukraine umzugehen und Sanktionen im Rahmen einer umfassenden Langzeit-Strategie einzusetzen.

zu politischen Beeinflussungskampagnen reichen – hat sich zumindest in Bezug auf die Ukraine als unzutreffend erwiesen. Auch eine massive Welle an Cyberattacken, die als zentrales Mittel Russlands zur Bezwingung Kiews angesehen wurde, blieb aus. Die Schablonen zukünftiger Kriege, die in analytischen Kreisen gerne angenommen wurden, entscheiden nicht, wie Kriege tatsächlich geführt werden. Das vermeintliche «hybride Drehbuch» kam nicht zum Einsatz.

### Verteidigungserfolge

Während Russland vor dem Einmarsch auf dem Papier militärisch als klar überlegen galt, zeigen die Kriegsanstrengungen der Ukraine, wie eine gut organisierte Verteidigung zumindest Zeit gewinnen und Fehler und Überheblichkeit des Angreifers ausnutzen kann. Die militärischen (und paramilitärischen) ukrainischen Kräfte leisteten kontinuierlichen Widerstand, während sich in besetzten Städten Zivilpersonen den russischen Truppen entgegenstellten. Beispielsweise verhinderte die ukrainische Seite durch Kämpfe in den Vororten erfolgreich die Umzingelung der Grossstädte Kiew und Charkiw. Ukrainische Spezialkräfte trugen wirkungsvoll dazu bei, insbesondere den russischen Vormarsch in den westlichen Aussenbezirken der Hauptstadt zu stoppen.

Gut ausgebildete Truppen können demnach den Verlauf eines Krieges entscheidend beeinflussen – wenn sie richtig eingesetzt werden. Diesen Vorbehalt verdeutlichen die hohen Verluste der russischen

Luftlandetruppen, die für Aufgaben eingesetzt wurden, für die sie nicht ausgebildet und unzureichend ausgestattet und unterstützt waren. Die vom Westen gelieferten Panzer- und Luftabwehrwaffen haben das Kräfteverhältnis zudem stärker beeinflusst als angenommen. Inwieweit dies auf die Kompetenz der Verteidigung oder das Unvermögen der Angreifer zurückzuführen ist, muss jedoch noch abschliessend analysiert werden.

### Strategische (In)stabilität

Nachdem das russische Militär die Erwartungen des Kremls nicht erfüllt hat, wird es einige Zeit brauchen, um Kräfte zu sammeln und sich neu aufzustellen. Dieser Prozess geht weit über den Ersatz verlorener Kriegsausrüstung hinaus. Westliche Regierungen werden die Schlüsselindustrien Russlands im Auge behalten, insbesondere im Fall einer – momentan unwahrscheinlichen – Lockerung der Sanktionen, von der bestimmte Technologien ausgenommen sein könnten. Zudem wird es schwierig sein, bestimmte Kapazitäten wie gut ausgebildete Luftlandekräfte und präzisionsgelenkte Munition wiederaufzubauen, da letztere von Komponenten westlicher Produzenten abhängig ist. Sanktionen werden Russlands Wirtschaft weiter belasten und Moskau vor schwierige Entscheidungen zwischen militärischen und zivilen Ausgaben stellen.

Ein geschwächtes russisches Militär ist für die europäischen Nachbarn jedoch nicht unbedingt eine gute Nachricht. Eine Schwächung der konventionellen Streitkräfte könnte Russland dazu verleiten, einen stärkeren Fokus auf Raketenkräfte zu

legen, inklusive ihrer nuklearen Komponente. Ein solcher Schritt verliehe den Beziehungen zwischen der NATO und Russland weitere Brisanz. In dieser Hinsicht hängt viel von der zukünftigen Abschreckungspolitik des westlichen Bündnisses ab. Insbesondere die osteuropäischen Verbündeten fordern nun verstärkte Anstrengungen, nachdem ihre Warnungen vor Russland jahrelang als übertrieben abgetan wurden. Abschreckung und Verteidigung stehen damit im Mittelpunkt der NATO-Strategie, doch berechtigte Bedenken können und müssen auch einen begrenzenden Einfluss haben.

Vor allem das grosse nukleare Arsenal Russlands stellt eine Gefahr dar, falls Moskau in die Enge gedrängt wird. Erstens kann der Westen den derzeitigen russischen Machtapparat und dessen Annahmen, Prioritäten und Grenzen nur schwer einschätzen, wie die allgemeine Überraschung durch die Invasion bewiesen hat. Einige – aber nicht alle – aktuellen Annahmen über die russische Nukleardoktrin müssen aufgrund der unklaren Entscheidungsprozesse im Kreml überdacht werden. Zweitens hat der jüngste Rückbau der europäischen Rüstungskontrollarchitektur dazu geführt, dass sich Russland und die USA sowie die NATO in einer viel intransparenteren und unbeständigeren nuklearen Gegnerschaft befinden. Dies betrifft insbesondere den 2019 ausser Kraft gesetzte INF-Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme, der ein Verbot landgestützter US-amerikanischer und russischer Flugkörper mit Reichweiten von 500 bis 5500 Kilometern enthält. Die Stationierung solcher Systeme beispielsweise in Osteuropa könnte für das Bündnis attraktiv sein zur Abschreckung Russlands. Moskau würde den Schritt aber vermutlich als nahezu unerträgliche Bedrohung ansehen.

### Kein «mit Russland» mehr

Diese Schlussfolgerungen auf der militärischen Ebene lassen sich auch auf den politischen Bereich übertragen. Seit Februar 2022 ist kooperative Sicherheit zwischen Russland und dem Westen nahezu undenkbar, selbst bei gemeinsamen Interessen wie Cybersicherheit, Bekämpfung von international organisierter Kriminalität und Terrorismus, Reduktion nuklearer Risiken oder Massnahmen gegen den Klimawandel. Stattdessen zeichnet sich, wie beschrieben, eine Versicherheitlichung und Militarisierung ab, besonders in Osteuropa.

Schon seit 2014 war die russisch-westlichen Beziehung angespannt und durch re-

gelmässige Krisen und Einmischungsvorwürfe gekennzeichnet. Es gab einzelne Kooperationen wie beim iranischen Nuklearabkommen, bei der Verlängerung des New-START-Vertrags zur Reduktion von Nuklearwaffen zwischen den USA und Russland sowie zur Sonderbeobachtermission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in der Ostukraine. Das waren zwar schwierige und oft unbefriedigende Kompromisse zwischen Russland und westlichen sowie anderen Akteuren, aber immerhin Beispiele für kooperative Sicherheit.

Inzwischen haben viele Verträge und Formate wie die NATO-Russland-Grundakte ihre Gültigkeit faktisch verloren. Beziehungen zu und Kompromisse mit Russland betrachten westliche PolitikerInnen und Öffentlichkeiten immer häufiger als toxisch. Handelsbeziehungen, insbesondere in den Bereichen Energie und Technologie, werden immer mehr durch die Sicherheitsbrille betrachtet. Die Mobilität von Menschen, Waren und Ideen zwischen Russland und dem restlichen Europa wird stark eingeschränkt sein. Diese Haltung beruht auf Gegenseitigkeit, da Hardliner und Akteure mit feindlicher Gesinnung gegenüber dem Westen die Entscheidungen Russlands dominieren und damit Kooperation verhindern. Sollten eine Waffenruhe oder ein Friedensvertrag zur Ukraine geschlossen werden, würde dies die Spannungen zwar lindern, aber die Beziehungen und der Austausch würden ihr Vorkriegsniveau nicht mehr erreichen.

Darum dürften regionale politische Plattformen wie die OSZE auf reine Formate des diplomatischen Austausches reduziert werden, die keine verbindlichen militärischen, wirtschaftlichen, politischen und umwelt- oder gar menschenrechtsrelevanten Vereinbarungen mehr zustande bringen könnten. Eine Ausnahme wären Abkommen rund um die mögliche Beilegung des Krieges in der Ukraine, insbesondere zu militärischen Stationierungen und Übungen, zur (regionalen) Rüstungskontrolle sowie zu Transparenz- und Überprüfungsmaßnahmen.

Kurzum: Die Sicherheitsperspektive wird vorherrschen, während die Zusammenarbeit auf ein absolutes Minimum schrumpft. Es bleiben nur wenige Optionen «mit Russland» unter Putin. Dies birgt grosse Risiken für eine weitere Eskalation und erfordert Anstrengungen auf Seiten der Politik zur Aufrechterhaltung der Kommuni-

kationskanäle und des Dialogs mit der russischen Führung, um strategische Stabilität und Risikoreduktion zu fördern sowie minimalen Austausch mit der russischen Bevölkerung zu bewahren.

### In Sanktionen vereint

Bereits wenige Tage nach dem Angriff zeigte sich der Westen erstaunlich geschlossen und reagierte schnell mit harten Sanktionen gegen Russland. Sanktionen zur Verurteilung und Einschränkung internationaler Akteure wie Iran, Nordkorea, Belarus und – seit 2014 – Russland sind allgegenwärtig. Üblich sind sogenannte «smarte» Sanktionen gegen einzelne Gruppen der Politik- und Wirtschaftselite sowie spezifische Branchen. 2014 konnten sich die westlichen Staaten nicht auf weitere Sanktionen einigen, die die russische Bevölkerung breiter getroffen und den Zugang Russlands zu den Kapitalmärkten

## Es zeichnet sich eine Versicherheitlichung und Militarisierung ab, besonders in Osteuropa.

und den Energiehandel erschwert hätten. Indes unterstützte der Westen die Ukraine finanziell, wirtschaftlich und begrenzt auch militärisch, begleitet von nüchterner Kritik an langsamen Reformprozessen.

Im Gegensatz zur Annexion der Krim verfehlte es Russland während des Einmarsches 2022 vollends, sein Vorgehen zu leugnen oder zu legitimieren. Enthüllungen vornehmlich US-amerikanischer und britischer Geheimdienste schafften die Grundlage für ein abgestimmtes Sanktionspaket und Waffenlieferungen. Der Schock offenen Kriegs in Europa, der unverschuldete Angriff, das Leid der Zivilbevölkerung und die eindrucksvollen Bitten der ukrainischen Führung um Hilfe bewirkten und erzwangen politische und gesellschaftliche Reaktionen. Die Sanktionen umfassten bisher undenkbare Massnahmen: Auslandsreserven der russischen Zentralbank einzufrieren oder die Sistierung des Pipelineprojekt Nord Stream 2 zu sistieren. Unabhängig davon zogen sich viele westliche Unternehmen freiwillig vom russischen Markt zurück, westliche Staaten zeigten sich ungewöhnlich zur Aufnahme von Flüchtlingen bereit und verkündeten die langfristige Absicht, die Abhängigkeit von russischer Energie zu reduzieren.

Dieses hohe Mass an Geschlossenheit, Solidarität und Entschlossenheit erstaunte viele – auch den Kreml. Es unterstrich

deutlich, dass gemeinsames Handeln möglich und der «kollektive Westen» keine blossе Worthülse ist.

### Geschlossenheit bewahren

Diese ersten Reaktionen waren wohl der einfachere Teil, denn es zeichnen sich zwei grössere Herausforderungen ab: Sanktionen als politisches Werkzeug einzusetzen und westliche Geschlossenheit aufrechtzuerhalten – trotz wirtschaftlicher Kosten und

## Der Westen muss künftige (feindselige) Beziehungen mit Russland gestalten, ohne die strategische Stabilität aus den Augen zu verlieren.

unterschiedlicher politischer Ansichten und Ziele. Dies verdeutlicht die strategische Dimension der westlichen Reaktionen. Für einen nachhaltigen Erfolg sind umsichtiges staatliches Handeln, ständige Kommunikation und Verhandlungen innerhalb der westlichen Koalition, Umgang mit Erwartungen der ukrainischen Partner sowie schmerzhaft Entscheidungen und Abwägungen nötig. In welchem Mass die Ukraine unterstützt werden soll, ist strittig zwischen den und innerhalb der Regierungen und der Öffentlichkeit der NATO-Staaten. In Zukunft werden die Fragen glaubwürdiger und verbindlicher Sicherheitsgarantien für die Ukraine und der Wünschbarkeit einer vollständigen Isolation Russlands zu klären sein. Ferner sind die Kosten aktueller und künftiger Sanktionen ungleich verteilt und vor allem die verwundbareren Staaten Mittel- und Osteuropas könnten Kompensationen verlangen.

Sanktionen sollen in erster Linie Entscheidungsträger treffen. Ihr strategischer Einsatz – besonders im Konzert mit Verhandlungen über die Ukraine – zur Beeinflussung des Kalküls von Präsident Wladimir Putin ist komplex. Elemente einer solchen Strategie dürften extrem unpopulär sein, zum Beispiel eine Lockerung von Sanktionen vor der vollständigen Wiederherstellung ukrainischer Souveränität, und darum gemieden werden. Letztlich könnte sich deshalb die simple Logik der Bestrafung Russlands durchsetzen.

Bereits jetzt gibt es unterschiedliche Auffassungen darüber, ob die Sanktionen «nur» das Ende des Krieges in der Ukraine oder einen Regimewechsel in Russland bezwecken sollen. Die Sanktionen wurden schnell auferlegt, um Entschlossenheit und Missbilligung zu demonstrieren; sie entfalten ihre Wirkung jedoch erst langfristig, indem sie den Zugang Russlands zu Geldmitteln und Technologie beschränken, wodurch die Wettbewerbsfähigkeit und die strategischen Ressourcen des Landes schwinden. Die Unzufriedenheit von Bevölkerung und Eliten mit dem Putin-Regime könnte wachsen, ist aber nicht selbstverständlich. Ebenso möglich sind ein krisenbedingter Patriotismus-Effekt und eine Stärkung der Hardliner, weshalb der Diskurs in Russland beobachtet werden muss.

Diese westliche Geschlossenheit aufrechtzuerhalten, wird zudem je nach der weiteren Entwicklung schwierig sein. Wenn der Konflikt stagniert oder ein Waffenstillstand hält, könnten sich gewisse westliche Regierungen und Unternehmen für eine Lockerung der Sanktionen einsetzen. Sollten die russischen Kräfte hingegen weitere Gräueltaten begehen, würde der Druck zur Verschärfung der Sanktionen oder gar zu einem militärischen Eingreifen zunehmen. Die Solidarität mit der Ukraine ist enorm, aber es wird zu Differenzen zwischen europäischen Staaten und innerhalb der Bevölkerung kommen, wenn sich der Krieg in die Länge zieht oder Geflüchtete nicht in die Ukraine zurückkehren können oder wollen. Es ist auch im Kreml bekannt: Migration hat in jüngerer Vergangenheit Europa beispiellos spalten können.

### Ausblick

Der Angriff Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 hat viele Vermutungen in Frage gestellt und erlaubt einige erste Lehren, die politisch und für die Analyse in Zukunft nützlich sein können.

Der Verlauf des Konflikts hängt vom weiteren Wechselspiel aus militärischen und diplomatischen Bemühungen ab. Der Krieg hat bereits in vielerlei Hinsicht klar gemacht, dass er – wie alle Kriege – keinem

klaren Drehbuch folgt. Es ist wichtig zu erkennen, dass unser aktuelles Verständnis angesichts der laufenden Ereignisse und des dichten «Nebels des Kriegs» noch sehr begrenzt ist. Die Analyse der Taktiken und Strategien der Ukraine im Kampf gegen einen prinzipiell überlegenen Feind wird beispielsweise noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Einige frühere Annahmen zur russischen Doktrin und etablierten Abläufen müssen aufgegeben werden, während andere ihre Gültigkeit behalten. Trotz des starken Auftretens der NATO und eines vereinten Westens wird erst die Zeit zeigen, ob die Koalitionen bestehen bleiben und die Sanktionen die erwünschte Wirkung zeigen werden. In den nächsten Jahren wird die NATO sorgfältig zwischen Abschreckung, Rückversicherung und strategischer Stabilität abwägen müssen.

Innerhalb des westlichen Lagers und gegen aussen zeichnen sich bereits politische und diplomatische Herausforderungen ab. Selbstzufriedenheit ist nicht angebracht. Sanktionen zu nutzen, um diplomatische Ziele zu erreichen, erfordert eine verantwortungsvolle Staatsführung, ja sogar Mut. Die russische Regierung zu bestrafen, ist ein berechtigtes Anliegen, aber der Westen muss sich auch um die Gestaltung künftiger (feindseliger) Beziehungen mit Russland bemühen, ohne die strategische Stabilität und nukleare Risiken aus den Augen zu verlieren. Andere Mächte wie China, der gewichtigste gegenwärtige und zukünftige Herausforderer des Westens, beobachten die Lage aufmerksam. Eine genaue Analyse möglicher und künftiger Lehren – und ihrer Grenzen – wird dadurch umso wichtiger.

Für mehr zu Perspektiven Euro-Atlantischer Sicherheit, siehe [CSS Themenseite](#).

**Niklas Masuhr** ist Senior Researcher im Team Globale Sicherheit am Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

**Benno Zogg** leitet das Team schweizerische und euroatlantische Sicherheit des CSS.

Die **CSS Analysen zur Sicherheitspolitik** werden herausgegeben vom Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich. Das CSS ist ein Kompetenzzentrum für schweizerische und internationale Sicherheitspolitik. Jeden Monat erscheinen zwei Analysen auf Deutsch, Französisch und Englisch.

Herausgeberin: Névine Schepers  
Lektorat: Julian Kamasa  
Layout und Grafiken: Miriam Dahinden-Ganzoni

Feedback und Kommentare: [analysen@sipo.gess.ethz.ch](mailto:analysen@sipo.gess.ethz.ch)  
Weitere Ausgaben und Abonnement: [www.css.ethz.ch/cssanalysen](http://www.css.ethz.ch/cssanalysen)

Zuletzt erschienene CSS-Analysen:

**AUKUS: Unter der Oberfläche** Nr. 300  
**Der Zustand des Islamischen Staats** Nr. 299  
**Das Prinzip der fähigkeitsbasierten Planung** Nr. 298  
**Nationale Ansätze zum Schutz vor Ransomware** Nr. 297  
**Cybersicherheit im Gesundheitswesen regulieren** Nr. 296  
**Mikrochips: klein und gefragt** Nr. 295

© 2022 Center for Security Studies (CSS), ETH Zürich  
ISSN: 2296-0236; DOI: 10.3929/ethz-b-000540817